

Es wird überall mit Wasser gewaschen, das ist richtig, aber die Obrigkeit hat als Geldgeber der Sozialdemokratischen Partei eine so deutliche Rolle gespielt, daß der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, die Hilfsaktion, die von der Partei jetzt für Herrn Kahn unternommen wird, sei die Abtragung einer Art Dankeschuld an die Freunde und Gönner Sklarz. Es fehlte sonst jeder Grund für das Vorgehen der Herren Wiesel, Bauer, Legien und Hoch, für die Verteidigung der Deutschen Werke und des Herrn Kahn. Selbst wenn man sich die Argumentation der Sozialdemokratie zu eigen macht, daß das Vorgehen gegen Kahn lediglich auf Reich und Mißgunst der Konkurrenz zurückzuführen ist, so dürfte auch das für eine sozialistische Partei kein Anlaß sein, die unerhörte Schädigung der Allgemeinheit gutzuheißen. Der Reichstag wird sich in der nächsten Zeit mit der Sache zu beschäftigen haben, und es wird hoffentlich gelingen, Klarheit in die verwickelten Dinge zu bringen. Das allerdings soll auch heute schon gesagt werden: so eifrig der Reichsfinanzminister von Kaumer bestrebt ist, die Schäden gutzumachen, — sein Ministerium ist von Schuld ebenfalls nicht freizusprechen. Und der Effekt ist, daß das Vertrauen auf die Vorteile der kaufmännischen Geschäftsführung in staatlichen Werken, von der man die Befriedung dieser Betriebe erwartete, einen argen Stoß erlitten hat. Ja, es ist noch sehr zu bezweifeln, ob sich Beamte in dieser Weise hätten einwickeln lassen. Die Bilder der privaten Sozialisierung der Spandauer Arbeiter, des Staatsbetriebes, der gemischten Wirtschaft: das sind nicht Fälle, nicht Skandale, das sind Fäulniserscheinungen eines kranken Volks- und Wirtschaftskörpers. Die moralische Entrüstung ist ebenso billig wie überflüssig; helfen kann nur die ruhige Tätigkeit der Ärzte. Alles ist denn doch noch nicht angefaßt.

Erwähnt sei noch, daß auch Bayern einen Fall Kahn hat, der im Haushaltsausfluß des bayerischen Landtages behandelt wurde. Auch hier sprach man von einer Ausplünderung der Staatswerke, und zwar handelt es sich um die Verschleuderung der Werkzeuge aus der Pulverfabrik Dachau. Die Eisenbahnwerkstätten und das Verkehrsministerium waren gezwungen, die von Kahn geräumten Werkzeuge zu einem hohen Preise zurückzukaufen, und die Reichspostverwaltung mußte mit Fernsprechanlagen ebenso verfahren. Wahrscheinlich betrifft es denselben tüchtigen Geschäftsmann. Ein schwacher Trost ist es, daß auch Frankreich seine Affäre Kahn hat. Dort hat ein Händler die von den Amerikanern an Frankreich abgetretenen Lager von Montierchaume im Andredepartement mit allen Vorräten für 50 Millionen Franken von der französischen Verwaltung gekauft, und allein für die im Lager aufgestapelten Unterleiber, die er an die Sowjetregierung verkaufte, 72 Millionen gelöst. Er hat also daran schon 22 Millionen verdient, und außerdem verbleiben ihm zur Verwertung sämtliche Feldbahnen, Automobile, Schuppen und die riesigen Mengen an Nahrungsmitteln.

Man sieht, daß der Einfluß des Krieges nicht nur bei den Unterlegenen sich bemerkbar macht.

Ausdehnung des Streiks im Zwickauer Steinkohlenrevier (Eigener Drahtbericht)

Zwickau, 9. Dezember. Seit heute morgen ist der Streik im Zwickauer Steinkohlenrevier allgemein. Nur auf einem Schacht, dem Hils-Kohlschacht der Bürgergewerkschaft, wird zurzeit noch gearbeitet. Im Lugau-Deisnauer Revier ist seit heute früh ebenfalls der Streik in vollem Umfange ausgebrochen. Dort wird nur noch auf Pluto und Merkur gearbeitet. Die Kohlarbeiter werden ausgeführt. Die in das Reichswirtschaftsministerium entsandte Kommission hat zwar nicht die Zustimmung zu einer Kohlenpreiserhöhung herbeiführen können, jedoch hat das Reichswirtschaftsministerium zur Prüfung der besonderen Verhältnisse in den sächsischen Steinkohlenrevieren einen Revisor nach Zwickau entsandt, der hier bereits seine Tätigkeit aufgenommen hat. Davon dürfte es abhängen, ob doch noch eine Kohlenpreiserhöhung genehmigt wird. Inzwischen hat der bergbauliche Verein ein weiteres Gutachten gemacht und dem alten Bergarbeiterverband überreicht, das indes an der Acht-Stundenfrist festhält. Ueber die neuen Vorschläge werden die Organisationen der Bergarbeiter heute beraten.

Einfuhrbeschränkung für Farbstoffe in England. Im Unterhause wurde das Farbstoffgesetz, durch das die Einfuhr ausländischer Farbstoffe für die Dauer von zehn Jahren nur unter Lizenz gestattet wird, in zweiter Lesung mit 277 gegen 77 Stimmen angenommen.

Anna Croissant-Rust zum 60. Geburtstag

Die Väter des Naturalismus haben in den Jahren 14 und 15 ihren 50. Geburtstag gefeiert. Die naturalistischen Damen sind älter. Nachdem wir im Juli bereits Clara Viebig zur Vollendung des 6. Lebensjahres gratulieren durften, ist es jetzt Anna Croissant-Rust, ihre sächsische Schwester, der unsere Glückwünsche gelten. Denn es war am 10. Dezember, an dem sie zu Dürkheim, dem Stammort des Pfälzer Roten, das Licht der Welt erblickte.

Auch Anna Croissant-Rust begann, als Naturalistin, die sie mit Leib und Seele und ganzer Ueberzeugung war, mit der Glendämalerin. Wie der junge Hauptmann im Drama, wie Hirschfeld, Holz und alle die anderen, auch sie, wenn sie naturalistisch getrunken und realistisch wahr Zuständliches schilderte und abkonterfeite — Glendämälere. Sehr bezeichnend dafür sind die Männer Vorhabensgeschichten, die in einem ihrer ersten Bücher, in "Feierabend", enthalten sind. Anna Croissant-Rust ist Naturalistin geblieben. Sie packt die Menschen, die sie schildert, mit starker Hand und stellt sie in die Wirklichkeit. Sie zeigt sie in ihrem Kreise und gestaltet aus ihrem Wirken, ihrem Alltag die Charaktere. Aber in einem hat sie sich bald gemandelt: Die düsteren Farben beglänzte sich, und mächtig krönte ins Bett ihres Schaffens die reiche Ader, die in den Tiefen ihrer Natur entspringt: der Humor. Anders gesagt: Sie zeigte nicht mehr so prononciert die Schwächen des Schicksals, das die Menschen elend macht und dahinziehen läßt, als die Schwächen der Menschen selbst: die kleinen Fehler und Laster, die Eitelkeiten und Nüchternheiten der alltäglichen Menschen und des Alltags selber; das Spiegeltum vor allem. Daneben locken sie die Menschen jener Sorte, von der der Bauer sagt, sie "spinnen"; die Originale und Käuze. Die hat sie in vielen ihrer Bücher festgehalten: im "Dimpereckel", den komischen Pfälzer Erzählungen, in den Geschichten "Aus anderer Herrgotts Tiergarten". Auch im "Winkelquartier", das Verbaum an die Spitze der zeitgenössischen Frauenbücher stellte, und in ihrem erst in den letzten Jahren erschienenen Kleinabdruck "Unkebank", das wie die meisten der Werke Anna Croissant-Rusts im Männer Verlage Georg Müller veröffentlicht worden ist. In diesem Buche, das sie einem Roman aus den achtziger Jahren nennt, zeigt die Dichterin sich als Vertreterin der Tradition Wilhelm Raabes. Die Kleinmalerei des "Bild um dich in der Gasse" kommt hier zu besonders künstlerischer, dabei amüsanter, unterhaltender Wirkung. Hier zeigen sich so recht alle Vorzüge der Croissant-Rustschen Geselligkeit: der Satire, die nicht Feindschaft, sondern Menschen-

Kartenskizzen zum Mittellandkanal



Saale-Regulierung und neue Kanalwege



Magdeburg und der Saale-Kanal



Der Anschluß von Leipzig und Halle

güte ist, eine Ironie aus Freude an der lustigen Weltbetrachtung, die Fabularungslust und das künstlerische Temperament. Die Dichterin liebt es, die Dächer von den Häusern zu heben und all die Menschen, die sich nur im Ausgehstaate zu zeigen lieben, in ihrer (komischen) Alltagsmenschlichkeit zu entlockern. — Dächer von hohem Ernste sind die Romanen "Die Hanna", ein raffiger, blutvoller Volkroman, und die tiefgedachte Gutsgefahr "Der Felsenbrunnener Hof", die wir ebenfalls gerne lesen wollen wie die Geschichten vom "Lob". Lieber aber und unserm Herzen näher ist uns die heitere Anna Croissant-Rust. Möge sie die trüben Tage unseres Volkes durch ihre Kunst noch lange, lange zu erhellten helfen. Das wünschen wir ihr (und uns) zu ihrem 60. Geburtstag. Richard Kief.

Statistik der deutschen Studentenschaft. Seit einem Menschenalter geht der Besuch der deutschen Hochschulen unaußhaltig aufwärts, und seit Kriegsende steigen die Zahlen zu nie erreichter Höhe. Während es vor dem Kriege etwa 55 000 deutsche Universitätsstudenten und 10 000 Techniker gab, waren es im Winter 1919/20 88 000 und 18 000. Diesen Sommer ist bei den Universitäten ein Stillstand und ein kleiner Rückgang (auf 85 000) eingetreten, während die Techniker ihre Zahl auf 19 500 steigerten. Man sieht hieraus, daß sich langsam ein Abfluten von den geisteswissenschaftlichen Berufen und eine Bevorzugung der praktischen Berufe vollzieht, obwohl auch bei diesen die Fortkommensverhältnisse gleich unerfreulich sind. Die Studentenzahlen sind heute so groß, daß man namentlich angesichts der Verkleinerung des Reichsgewebes und des Wegfalls zahlloser Anstellungsmöglichkeiten nur mit schwersten Sorgen in die Zukunft der jungen Akademiker blicken kann. Die Verteilung der Studentenschaft auf die einzelnen Berufe zeigt gegenüber dem Stande vor dem Kriege eine rapide Steigerung der Zahl der Juristen, während die Zahl der Theologen und der Philosophen abnimmt. In diesen Veränderungen zeigen sich die Abwanderungen der Kriegsteilnehmer in anspruchsvollerer Berufe oder in Berufe mit kürzerer Ausbildungszeit und geringeren Ausbildungskosten, und die Berufswahl der jüngsten Semester. Damit droht die Gefahr der Ueberfüllung dieser Berufe — wie Jahrbücherei, Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. — Im Besonderen der einzelnen Hochschulen kommt namentlich auch der Einfluß der Umwälzung zum Ausdruck. Universitäten: Berlin 10 278, München 6879, Leipzig 5583, Bonn 5347, Breslau 4936, Göttingen 4313, Frankfurt 4213, Münster 4062, Freiburg 3964, Halle 3490, Heidelberg 3488, Marburg 3355, Würzburg 3214, Tübingen 3188, Köln 3023, Hamburg 2897, Jena 2843, Gießen 2143, Kiel 2078, Greifswald 1940, Rostock 1553, Erlangen 1449. Technische Hochschulen: Charlottenburg 3209, München 2923, Hannover 2591, Dresden

Der Kampf um die Forderungen der Beamten

Eine Mehrheit für den bürgerlichen Kompromißvorschlag. Widerstand des Reichsfinanzministers Wirth. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung) Berlin, 9. Dezember.

Die Krise, die sich um den Finanzminister wegen der Neuverteilung der Beamtengehälter seit einigen Tagen gelagert hat, ist jetzt infolgedessen beseitigt, als es gelungen ist, eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien und den Deutschnationalen herbeizuführen. Die Deutschnationalen haben erreicht, daß neben der Erhöhung der Kinderzulagen, wie sie ursprünglich von der Regierung vorgeesehen war, auch für die kinderlosen und unverheirateten Beamten eine kleine Erhöhung der Teuerungszulage bewilligt wird. Damit wollen die Regierungsparteien sich einverstanden erklären, so daß auf diese Weise eine Mehrheit für den Kompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien gegen die Linke geschaffen wäre. Die Schwierigkeit liegt nun darin, daß der Reichsfinanzminister Wirth bisher jedes Entgegenkommen auf dieser Grundlage abgelehnt hat. Er hat noch am Mittwochabend erklärt, daß das an der Sache, was er an Zugeständnissen machen könne, der ursprünglich von den Regierungsparteien vorgelegte Erweiterungsantrag wäre, der sich auf eine Erhöhung der Teuerungszulagen zu den Kindervorgaben beschränkt. Am Mittwochspätabend ist noch der Versuch gemacht worden, durch den Reichshandlungsausschuss auf den Reichsfinanzminister einzuwirken, um ihn zu veranlassen, seinen Widerstand zurückzugeben. Sichtbarer Erfolg ist diesen Bemühungen bisher nicht beschieden gewesen. Der Finanzminister hat auch am Donnerstag morgen noch abgelehnt, die Verantwortung für eine finanzielle Belastung zu übernehmen, die auch nur um 100 Millionen über die von ihm bewilligten 500 Millionen hinausgeht. Ob es noch gelingt, ihn anzustimmen, ist zweifelhaft. Es ist ja auch nach der allgemeinen politischen Lage keineswegs ausgeschlossen, daß Herr Wirth, der seine Stellung wanken fühlt, diese Gelegenheit benützt, um sich einen guten Abgang zu schaffen, so daß dadurch möglicherweise im Reichstag noch Uebererhebungen im Laufe der Sitzung sich ergeben können. Einverständnis herrscht zwischen den Parteien und der Regierung — was zur Verhängung der Beamten ausdrücklich festgehalten sei — auch darüber, daß die Revision des Ordisarischen räumwichtigen Kraft haben soll. Der Vorschlag, die Beträge, die sich aus der Heraushebung der einzelnen Städte in eine höhere Ordisarische ergeben, den Beamten jetzt bereits auszu zahlen, läßt sich nur deshalb allgemein nicht durchführen, weil von verschiedenen Einzelstaaten die nötigen Unterlagen für die Neueinstellung des Ordisarischen noch nicht geliefert sind. Von der preussischen Regierung sind die Vorarbeiten fertiggestellt und liegen bereits dem Reichshandlungsausschuss vor.

Berlin, 9. Dezember.

Von unentfesselter parlamentarischer Seite erfährt das Leipziger Tageblatt, daß die Deutschnationalen im Ausschuss den Antrag gestellt haben, den Beamten eine zehnprozentige Teuerungszulage und 80 Proz. Kinderbeihilfe in der Ordisarischen K. 70 Proz. in der Ordisarischen B. und 60 Proz. in der Ordisarischen C. zu geben. Sie beschließen, diesen Antrag in der heutigen Sitzung zu wiederholen. Die Regierung steht jedoch auf dem Standpunkt, daß sie unter keinen Umständen diesen zehnprozentigen Teuerungszulage bewilligen kann. Wird der Antrag der Deutschnationalen heute tatsächlich gestellt, so wird er wahrscheinlich auch von den Mehrheitsparteiern angenommen. Es wäre dann eine Mehrheit für den Antrag gegen die Stimmen der Regierungsparteien vorhanden. Die letzteren haben sich nach wiederholter Rücksprache mit der Regierung mit deren Zugeständnissen, die auch die Billigung des Reichshandlungsausschusses und die Weitergehen sollen, als die Beschlüsse des Hauptauschusses, einverstanden erklärt.

Hierzu haben Zentrum und Demokraten zu dem Antrag Teuerungszulagen einen weiteren Antrag gestellt, der auch von der Deutschen Volkspartei unterstützt wird und in dem es heißt, daß an Beamten in denjenigen Ordisarklassen, die nach der Ermittlung in eine höhere Klasse eingestuft werden sollen, die Unterschiedsbeträge, die sich daraus ergeben, schon jetzt gezahlt werden sollen. Ferner wird in einem Antrag verlangt, Differenzen, die sich aus einer anderweitigen Festsetzung des Dienstalters ergeben sollten, den Beamten schon jetzt zu zahlen.

Protest gegen das Streikverbot

Berlin, 9. Dezember.

Der Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Verband deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals wenden sich in einer gemeinsamen Protestunterschrift gegen das Streikverbot des Reichspostministers. Die Erklärung schließt mit den Worten:

Wir den Forderungen der Beamten und Lohnangestellten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nicht Rechnung getragen, dann sehen wir uns gezwungen, von dem uns zustehenden Streikrecht auch gegen den Erlaß dieser Verfügung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.

2204, Darmstadt 2206, Stuttgart 1631, Karlsruhe 1401, Wachen 1083, Braunschweig 872, Breslau 857, Danzig 773. (Das sind insgesamt 10 000 Studenten.)

Walter Bube an die Leipziger Akademie für Buchgewerbe und Graphik berufen. Der Maler Walter Bube, ein Schüler Emil Orlik's, wurde als Professor an die staatliche Akademie für Graphik und Kunstgewerbe in Leipzig zur Leitung einer Klasse für angewandte Graphik berufen.

Ortsgruppe Leipzig des Reichsverbandes deutscher Hochschullektoren. Die Lektoren und Lehrer der Leipziger Universität haben sich einmütig dem Reichsverband deutscher Hochschullektoren als Ortsgruppe Leipzig angeschlossen. Die Geschäftsleitung der jungen Ortsgruppe liegt in den Händen der Herren Prof. Dr. M. Seidel, Stabienrat R. Weinmeister und Hans Gräbe.

Hierfürliche Ehrendoktoren. Zu hierfürlichen Ehrendoktoren hat die Universität Leipzig auf Antrag der Dresdener Hierfürlichen Hochschule den Regierungsveterinärarzt August in Ramen und den früheren Dozenten Veterinärarzt Ludwig in Kleinshadowitz ernannt.

Englisch-amerikanischer Universitätsbuchhandel in Mitteleuropa. Die Blätter melden, daß im Hinblick auf den Tiefstand der deutschen Währung und die daraus für Privatpersonen, Universitäten und Bibliotheken sich ergebende Unmöglichkeit, neue englische und amerikanische Bücher aus dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst zu erwerben, unter dem Vorhange von Lord Bryce ein englisch-amerikanischer Universitätsbuchhandel für Mitteleuropa gebildet mit dem Ziel, die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Mitteleuropa und England-Amerika zu unterhalten, und der zu diesem Zweck um Unterstützung mit Vätern, Veröffentlichungen und Geldmitteln bittet.

Tagung der Deutschen Bühnengenossenschaft

Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, die gemeinschaftliche Interessensvertretung der deutschen Schauspielers, hatte am 7. und 8. Dezember eine außerordentliche Vertreterversammlung nach Berlin einberufen. Anlaß hierzu war die Entwicklung des Deutschen Bühnenspiels, der Interessensvertretung der Bühnengehörigen, seit dem November 1918. Daneben drängen aber auch andere Probleme der Genossenschaft zu ihrer Erledigung, insbesondere die Einkommen der Schauspieler und die Regelung des Bühnennachschusses. (Als Kuriosum sei erwähnt, daß nicht weniger als 208 Anträge vorliegen.) Die Versammlung war sehr stark besucht und auch die Tribünen waren von Theaterfolk gefüllt. Von einem Teil der Delegierten wurde versucht, diese außerordentliche Tagung zu einem Vorkauf gegen die Leitung der Genossenschaft zu benutzen. Diese Opposition ließ sogar durch einen Antrag dem Präsidenten das ihm statutengemäß zustehende Amt des Verhandlungsleiters entziehen. Der Antrag wird jedoch schon vor Eintritt